

Wien, am Montag, den 12. Dezember 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 12. Dezember 1927

DIE BERATUNG DES HAUPTVORANSCHLAGES.

Der Gemeinderat begann heute nachmittags die Beratung des Voranschlags für 1928. Bürgermeister Seitz eröffnete um fünf Uhr die Sitzung. Es wurde sofort in die Generaldebatte eingegangen. Der städtische Finanzreferent Stadtrat Hugo Breitner leitete die Verhandlungen mit einer Rede ein.

Stadtrat Breitner führte aus: Die Beratung des Voranschlags bietet alljährlich Gelegenheit, die Richtlinien der Verwaltung einer Erörterung zu unterziehen und sich ein Bild über die Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen, die im kommenden Verwaltungsjahr voraussichtlich herrschen werden. Die im heurigen Frühjahr stattgefundenen Wahlen haben gezeigt, dass zwei Drittel der Wiener Bevölkerung die Steuerpolitik der Gemeinderatsmehrheit billigen, die Fortsetzung der Gemeindefarbeit auf den bisherigen Grundlagen, insbesondere die Aufrechterhaltung des kommunalen Wohnhausbaues unbedingt wünschen. Wo es möglich ist, ohne Beeinträchtigung der Leistungen der Gemeinde Abgabenerleichterungen eintreten zu lassen, geschieht dies. Solche Vorlagen haben im Laufe des Jahres den Wiener Landtag wiederholt beschäftigt und künftig sich anbietende Gelegenheiten werden in gleicher Weise wahrgenommen werden. Neue Steuerlasten sind nicht beabsichtigt. Der sich ergebende Gehaltsabgang wird auf die Kassenbestände verwiesen und der Voranschlag 1928 zeigt das deutliche Bestreben durch Herabminderung der Ausgaben das Gleichgewicht herzustellen.

Die Wirtschaftslage in Oesterreich wird nach wie vor durch die Tatsache beherrscht, dass das Ende des Weltkrieges keineswegs die Rückkehr zu den normalen Zuständen des Friedens gebracht hat. Die Gegensätze finden ihren Ausdruck in der Form von Zollschränken, von Erschwernissen aller Art, die den Waren- und selbst den Personenverkehr behindern. Trotz dieser grossen Schwierigkeiten vollzieht sich stetig, wenn auch langsam die Besserung. Selbst die Arbeitslosigkeit, diese furchtbarste Hinterlassenschaft des Krieges, zeigt eine leise Abschwächung. Zumindest was Wien anlangt. Zum richtigen Vergleich kann man nur die ersten neun Monate des vorigen und heurigen Jahres heranziehen, weil seit dem 1. Oktober mit der Einführung der Altersrenten eine Verschiebung eingetreten ist. Auf dieser Grundlage errechnet ergibt sich, dass in Wien in den ersten neun Monaten 1926 durchschnittlich 89.186 unterstützte Arbeitslose vorhanden waren. Im gleichen Abschnitt des laufenden Jahres ist die Durchschnittszahl 83.748. Der Prozentanteil Wiens an der allgemeinen Arbeitslosigkeit in Oesterreich geht unausgesetzt zurück. Im Jahre 1923 hatte Wien noch mehr als 59 Prozent aller Arbeitslosen aufzuweisen. Gegenwärtig sind es weniger als 49 Prozent. Die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit in Wien sich vermindert, in den anderen Bundesländern aber wächst, ist zweifellos auf die starke, ausgiebige Investitionstätigkeit der Gemeinde zurückzuführen. In sinnfälligster Weise kommt dies dadurch zum Ausdruck, dass die Gemeinde selbst in der ersten Dezemberwoche unmittelbar auf den Bauten noch 7635 Arbeiter beschäftigt hat. Dazu gesellen sich noch jene Tausende, die in Gewerbebetrieben und Fabriken durch Gemeindeaufträge Arbeit finden.

Ein anderer wichtiger Gradmesser der Wirtschaftsverhältnisse sind die gerichtlichen Ausgleichs und Konkurse. Auch da hat das Jahr 1927 eine Besserung gegenüber 1926 gebracht. Auch da zeigt es sich aber, dass die Besserung sich auf Wien beschränkt. Bis Ende November sind heuer in ganz Oesterreich 2450 gerichtliche Ausgleichs und 587 Konkurse zu verzeichnen. In der Vergleichszeit 1926 gab es 2440 Ausgleichs und 575 Konkurse. Für das gesamte Oesterreich also ein kleines Ansteigen. Hingegen kann für Wien allein ein immerhin erheblicher Rückgang festgestellt werden. Die Zahl der gerichtlichen Ausgleichs ist von 1228 auf 1159, die der Konkurse von 237 auf 213 gesunken. Das entspricht einer Verminderung um sechs, beziehungsweise bei den Konkursen um zehn Prozent.

Zur Zeit der vorjährigen Budgetdebatte war das Zinsfuss der Nationalbank neun Prozent. Gegenwärtig ist er sechs ein halb Prozent. Das bedeutet einen sehr erheblichen, für die gesamte Volkswirtschaft fühlbaren Unterschied. Im Jahre 1926 war der Zinsfuss durchschnittlich 7 1/2 Prozent. Unter der begründeten Annahme, dass bis Jahresende keine Veränderung im Zinsfuss der Nationalbank eintreten wird, ergibt sich für 1927 hingegen ein Durchschnittssatz von bloss 6 3/4 Prozent. Ueber diese allgemeine Verbilligung hinaus ist die Aktion der Gemeinde zugunsten des Kleingewerbes zu erwähnen. Dadurch werden gerade jenen erwerbstätigen Schichten, denen Bankkredite zumeist überhaupt unerlangbar sind, Darlehen zu dem ungewöhnlich niederen Satz von sechs Prozent netto geboten. Der Kreditverein der Zentralsparkasse hat auf dieser Grundlage im heurigen Jahr zehn Millionen Schilling zu dem schon bis dahin eröffneten Krediten von fünfzehn Millionen Schilling neu verliehen. So ist vielen Hunderten die Möglichkeit geboten worden, ihre geschäftliche Tätigkeit stärker zu entfalten, ihre Betriebe besser auszustatten. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Das Anwachsen der Spareinlagen bei den österreichischen Geldinstituten schreitet fort. Am 31. Oktober 1926 war der Stand 855 Millionen Schilling, am 31. Oktober 1927 betragen die Spareinlagen 1040 Millionen Schilling. Die Zunahme ist also eine erhebliche und bemerkenswerte.

Ein weiteres Symptom der Besserung ist die Tatsache, dass die städtischen Elektrizitätswerke bis zum 15. November 1927 rund 108 Millionen Kilowattstunden Kraftstrom an Industrie und Gewerbe abgegeben haben. Im gleichen Zeitraum 1926 wurden bloss hundert Millionen Kilowattstunden verbraucht.

Auch die Tatsache, dass die Zahl der Privatautomobile in Wien um tausend gestiegen ist und damit den überhaupt höchsten je verzeichneten Stand erreicht hat, muss erwähnt werden.

Besonders erfreulich ist die Entwicklung des Fremdenverkehrs. Schon das Jahr 1926 war recht günstig. Heuer sind noch bessere Erfolge zu verzeichnen. Bis zum 30. November 1926 kamen 498.597 Fremde nach Wien. Heuer waren es 524.557. Der Ruf Wiens als einer schönen und gepflegten Stadt, als die Stadt der Musik, der medizinischen Wissenschaft, als die Stadt, in der man behaglich, aber auch billig leben kann, geht wirklich und wirksam durch die Welt. Im Jahre 1913 kamen aus Deutschland 45.595 Besucher, in den ersten elf Monaten des heurigen Jahres 86.135 nach Wien. 1913 waren in Wien 8212 Amerikaner gemeldet. Heuer bis zum 30. November bereits 21.221. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Fremden in Wien, errechnet nach den international

geltenden Normen, beträgt 4 1/2 Nöchtigungen, und ist wesentlich länger als in den meisten anderen Fremdenstädten. Die von den Ländern Wien und Niederösterreich errichtete Fremdenverkehrskommission leistet allgemein anerkannte Arbeit. Es wird deshalb beantragt, ihr im kommenden Jahr wesentlich grössere Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Wiener Hotels, Pensionen und Sanatorien haben von dem für sie geschaffenen Steuerbegünstigungsgesetz zum Zwecke von Investitionen umfassenden Gebrauch gemacht. Das hat für Gewerbe und Industrie eine Fülle von Bestellungen gebracht, die noch 1928 und 1929 fortwirken und stellt aber vor allem eine so durchgreifende Modernisierung dar, wie sie in der Vergangenheit nie zu verzeichnen gewesen ist. Als ein Beispiel sei hervorgehoben, dass in 71 Hotels, Pensionen und Sanatorien das fliessende Wasser eingeleitet wird, beziehungsweise bestehende Anlagen erweitert werden. Die Aussichten für 1928 sind sehr günstige. Das Jahr wird im Zeichen Franz Schubert's stehen. Das grosse, von der Gemeinde tatkräftig geförderte Sängersfest wird solche Massen von sehr gerne gesehenen Gästen nach Wien bringen, dass die grössten Anstrengungen notwendig sein werden, sie alle zu beherbergen.

Die von der Gemeinde zur Erleichterung der Ausfuhr nach Russland übernommene Haftung wird sich voraussichtlich im nächsten Jahre günstig geltend machen. Jene Anfangsschwierigkeiten, die gegenwärtig zu beobachten sind, entsprechen genau den in Deutschland gemachten Erfahrungen. Sie wurden dort überwunden und es wird wohl auch bei uns der Fall sein.

Ein weiteres belebendes Element ist die Aufnahme der dreissig Millionen Dollar-Anleihe für Investitionen der grossen städtischen Monopole. Dem amerikanischen Kapital stehen in der ganzen Welt Veranlagungsmöglichkeiten offen. Es ist daher in der Beurteilung besonders vorsichtig, hat aber durch diesen Beschluss das volle Vertrauen zu Wien bekundet. Für uns ist diese Anleihe die erwünschte Gelegenheit, die Leistungsfähigkeit der Strassenbahnen zu erhöhen, die Autobusse in den Wiener Verkehr einzufügen, die Elektrizitäts- und Gaswerke noch weiter und besser auszugestalten. Zusammen mit den grossen Investitionen der Hochbauverwaltung werden wieder gewaltige Aufträge an alle Zweige von Industrie und Gewerbe Wiens ergehen. Die Gemeinde wird auch im Jahre 1928 so wie bisher die Arbeitslosigkeit in dieser einzig wirksamen Form bekämpfen und damit im weitestem Umfange jene besondere Pflicht erfüllen, die den öffentlichen Verwaltungen in Krisenzeiten obliegt. (Beifall).

Stadtrat Breitner bespricht sodann die Einzelheiten des Voranschlags und bemerkt im Bezug auf die Postwohnhausbauten folgendes: Die gegenwärtige Mehrheit hat es sich zum Grundsatz gemacht, auch vor den Wahlen wo man im allgemeinen mit Versprechungen sehr freigebig zu sein pflegt, nichts zuzusagen, was sie nicht voll und restlos zu erfüllen vermag. In jenem Programm, mit dem die Wiener Sozialdemokraten in die heurigen Wahlen eingetreten sind, heisst es an erster Stelle: "Zur Befestigung des Mieterschutzes, zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit, wird die Gemeinde in den nächsten fünf Jahren weitere dreissigtausend Wohnungen in Hochbauten und Siedlungen schaffen." Dem entsprechend wurden die Herstellungskosten für sechstausend Wohnungen in den Voranschlag 1928 eingesetzt. Es entspricht dies auch dem Durchschnitt der Bauleistungen und Geldausgaben in den fünf Jahren von 1923 bis 1927. Die Verwaltung hält also durchaus an dem öffentlichen Wohnhausbau fest; sie verteidigt damit den Mieterschutz, für dessen Aufrechterhaltung sich die Wiener Bevölkerung in der unzweideutigsten Weise ausgesprochen hat. Durch die bisher geschaffenen dreissigtausend Gemeindewohnungen ist die Not in einem starken Masse bereits gemindert worden. Die Bevölkerung Wiens zeigt keine Zunahme. Die Zahl der Eheschliessungen ist gegenüber der Vorkriegszeit im Rückgange. In den letzten zehn Jahren vor Kriegsausbruch sind in Wien, wenn man die durch Demolierungen im Wegfall gekommenen Wohnungen abzieht, durchschnittlich neuntausend Wohnungen im Jahre hinzugewachsen. Wir können daher mit sechstausend kommunalen Wohnungen das Auslangen finden, wozu noch die von der Gesiba mit Kredit-

hilfe der Gemeinde hergestellten Familienhäuser und die sonstige Privatbeutätigkeit hinzukommen.

Stadtrat Breitner legt sodann den weiteren Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen dar, die Errichtung von fünf neuen Kindergärten, zwei Mutterberatungsstellen, zwei Zahnkassen, fünf weiteren Kinderfreizeithäusern, die Vermehrung der Tuberkulosefürsorgestellen und Betten für Tuberkulotiker, die neuen Gartenanlagen und BM'er. Für das Schulwesen mit der neuen, einen wichtigen Fortschritt beinhaltenden Hauptschule sind 75 Millionen Schilling vorgesehen. Der Fortbildungsschulrat errichtet zunächst neunzig Klassen als Ausbildungskurse für jugendliche Arbeitslose. Die Schlagkraft der Wiener Feuerwehr wird eine Erhöhung erfahren. Der Ausgestaltung der Markthallen und Schlachthäuser werden erhebliche Summen gewidmet. Dagegen der Wasserversorgung. Zwei sehr lange gewünschte Strassenbahnlinien, die eine in Ottakring-Sandlitz und die Fortführung der hier Linie bis zum Engelsplatz sind in dem sehr umfangreichen Investitionsprogramm der städtischen Unternehmungen enthalten.

Stadtrat Breitner schliesst seine Ausführung mit folgenden Sätzen: Zu einem rosenroten Optimismus ist natürlich kein Anlass. Wohl aber zeigt die ruhige Betrachtung, dass die Feste, unerschütterliche Zuversicht in die Lebenskraft Wiens, die wir in den schwersten Tagen nach dem Zusammenbruche und dem Gewaltfrieden bekundet haben, vollkommen begründet war und ist. Aus dem Wien der Hungernden, auf das Mitleid des Auslandes angewiesenen Kinder wurde in wenigen Jahren eine Stadt, in der die Kindersterblichkeit auf das halbe Ausmass des Jahres 1913 herabgedrückt werden konnte. Trotz der noch sehr grossen Sorgen geht es vorwärts. In gemeinsamer Anstrengung alles daran zu setzen, dass das Jahr 1928 wieder ein Stück Besserung bringe, muss unser Ziel sein. In diesem Sinne bitte ich in die Beratung des Voranschlags einzutreten und ihn rechtzeitig zu verabschieden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Kunschak beschäftigt sich zunächst mit den Ausführungen des Stadtrates Breitner und bemerkt, der Rückgang der Kindersterblichkeit sei eine Tatsache, der man sich ausserordentlich freuen dürfe. Es wäre aber verfehlt, dies lediglich auf das Konto der Gemeinde Wien zu buchen. Dieselbe Erscheinung ist im ganzen Reich zu konstatieren und ist daraus zu erklären, dass die furchtbaren Nachwirkungen des Krieges und die grosse Notlage nach dem Kriege behoben werden konnte. Man vergisst eben, wessen Sorgenkonto damals die Verpflegung der Bevölkerung belastete. Und auch bei dieser Gelegenheit muss man wieder einen Vergleich zwischen Bund und Gemeindepolitik zu ziehen. In der Agitation der Mehrheitsparteien ist heute ein sehr beliebter Schlagwort, dass Stadtrat Breitner die Anleihe bekommen hat, während der Finanzminister Kienböck noch immer darum verhandeln muss. Die Lage Kienböcks ist oben eine andere, als die Breitners. Breitner kann darauf hinweisen, dass sich im Lichte der stabilisierten Währung und der gebesserten allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse auch die Lage der Gemeinde Wien sich gebessert hat, während Kienböck darüber verhandeln muss, ob die Reliefkredite, die damals von der Regierung Renner, der daraus kein Vorwurf gemacht werden soll, aufgenommen wurden, noch einmal zugunsten einer Anleihe zurückgestellt werden sollen. Diese Reliefkredite mussten damals aufgenommen werden, weil es von ihnen abhing, ob die österreichische Bevölkerung dem Hungertode preisgegeben werden sollte. Aber diese Schulden sind nun einmal vorhanden und die Gemeinde, beziehungsweise ihre Bevölkerung hat an ihnen den allergrössten Anteil (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Auch was den Rückgang der Arbeitslosigkeit betrifft, handelt es sich um ein Schmücken mit fremden Lorbeeren. Zunächst muss festgestellt werden, dass die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen wieder rapid ansteigt und zwar gerade wieder in Wien. Es ist zum Teil richtig, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf die Wirtschaft und Investitionspolitik der Gemeinde zurückzuführen ist. Wenn der Referent hier

aber besonders die Bautätigkeit der Gemeinde Wien hervorhob, so muss dem gegenüber festgestellt werden, dass die Gemeinde auch zu Investitionen auf dem Gebiete des Bauwesens verpflichtet ist. Die Mehrheit steht immer auf dem Standpunkt, dass an der Mietengesetzgebung nicht gerüttelt werden darf. Aus dieser Forderung ergibt sich zwangsläufig die Unmöglichkeit jeder privaten Bautätigkeit und wer die private Bautätigkeit unmöglich macht, ist moralisch verpflichtet durch eine eigene Bautätigkeit dafür Ersatz zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Nun ist es aber gar nicht richtig, dass die Gemeinde allein Investitionspolitik getrieben hat und dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit lediglich auf die Investitionspolitik der Gemeinde zurückzuführen ist. Denn im Bundesbudget des Jahres 1927 ist bereits für Investitionen ein Betrag von 179 Millionen Schilling vorgesehen und der grössere Teil dieser Summe gelangt auf dem Wiener Boden zur Verausgabung. Und kann ruhig annehmen, dass 80 Millionen Schilling an Investitionen dem Wiener Wirtschaftsleben durch den Bund zugeführt worden sind. Daran darf man nicht vorbeigehen und ein Referent über das Budget handelt sehr unrichtig und unaufrichtig, wenn er nur die eine Seite betont und das andere absichtlich unter dem Tisch fallen lässt. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Der Redner stellt ferner gegenüber dem Stadtrat Breitner fest, dass es seit dem 1. Jänner 1927 keine Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung gibt, sondern nur solche zur Notstandsunterstützung. Wenn der Referent errechnet, dass die Beiträge zur Notstandsunterstützung plus dem Beitrag zur Altersrente grösser sei, als der Ertrag aus der Biersteuer, so können wir das nicht überprüfen. Aber die Einführung der Altersrente hat bereits zur Herausgabe eines Erlasses geführt, wonach ein grosser Teil der Erhaltungsbeiträge der sogenannten alten Pfründner unter Berufung darauf wesentlich gekürzt wird, dass die Leute Altersrente beziehen. Andererseits ist es evident, dass der Gemeinde Wien durch die Altersrenten grosse Ersparungen an Verpflegungskosten erwachsen. Die Gemeinde Wien hat ja sofort den Auftrag gegeben, dass die Pflinglinge im Versorgungsheim angeben müssen, ob sie Altersrenten beziehen und dass sie in diesem Fall bei der Aufnahme einen Revers unterschreiben müssen, sie seien einverstanden damit, dass die staatliche Altersrente nicht an sie, sondern an die Gemeinde Wien überwiesen wird. (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Es wäre sehr interessant, wenn unser Referent sagen würde, wie gross der Ertrag der Biersteuer ist, wie gross das Erfordernis für die Zuschüsse zur Notstandsunterstützung und zu den Altersrenten und in wievielen Fällen die städtischen Unterhaltsbeiträge gekürzt und in wieviel die Altersrente nicht an den Bezahler, sondern an die Gemeinde Wien abgeführt wurde. Wir sind überzeugt, dass die Gemeinde Wien an der Biersteuer, beziehungsweise aus der Beitragspflicht für die Notstandsunterstützung und Altersrenten ein Geschäft macht.

Die Prüfung des Budgets legt uns die Verpflichtung auf, uns nicht nur mit den wirtschaftlichen Verhältnisse und mit den Finanzen der Gemeinde zu beschäftigen, sondern auch mit den Verhältnissen, die in der Gemeindeverwaltung herrschen. Wenn man sonst einer Opposition ^{partei} vorwirft, dass sie faktische Opposition treibe, so ergibt sich in diesem Saale die Sonderbarkeit, dass die faktische Einstellung in der Politik nicht bei der Minderheit, sondern bei der Mehrheit festzustellen ist und man kann sagen, dass die Mehrheit des Gemeinderates in faktischer Opposition zur Opposition des Wiener Gemeinderates steht. Denn von der Mehrheit wird grundsätzlich und unbeschaut alles abgelehnt, was die Opposition an Anregungen und Anträgen bringt. Wir haben zum Beispiel bei der Bauordnung einige Anträge gebracht, von denen der Referent selbst sagte, man könne darüber reden. Man hat darüber nicht geredet,

weil die Mehrheit nicht zugeben will, dass die Minderheit nutzbringende Anträge stellt. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Tätigkeit der Opposition nutzlos ist. Nur vergeht von der Zeit, wo unsere Anträge gestellt werden, bis zu ihrer Verwirklichung so viel Zeit, dass es oft zu spät ist. Wir haben an der Verwaltung der Gemeinde eine Reihe sehr ernster Ausstellungen zu machen, vor allem an der Organisation der Verwaltung, die von der Erwägung ausgegangen ist, eine Konzentration der in der Verwaltung wirkenden Kräfte herbeizuführen, die aber in einer Zersplitterung der Verwaltung geendet hat. Die Aktionen, die Sie auf dem Gebiete der Reform der Verwaltung unternommen haben, wirken nicht konzentrisch, sondern exzentrisch. Das ist ein überaus schwerer Mangel. Wir hatten früher in der Verwaltung zwei individuelle Instanzen, den Bürgermeister und den Magistratsdirektor, und zwei kollegiale Instanzen, eine Beschlussfassende, den Gemeinderat und Stadtrat und die Exekutive, den Magistrat. Das ist beseitigt worden. Man hat nicht etwa untersucht, inwieweit der frühere Zustand reformbedürftig ist, sondern hat kurzen Prozess gemacht, hat das alte eingelebte System einfach über den Haufen geworfen und das heutige Verwaltungssystem aufgestellt. Ausserlich haben wir noch immer die Formen von früher. Aber Bürgermeister und Magistratsdirektor sind Schattenkönige in ihrem Reich. Der Bürgermeister ist seiner Rechte entkleidet worden. Er ist heute vielfach nicht mehr, als der noble Gastgeber bei gelegentlichen Besuchen ausländischer Gäste, der Repräsentant des Gemeinwesens und ich muss gestehen, dass sich der Bürgermeister in dieses Amt mit grossem Geschick und grosser Routine hineingefunden hat. (Sehr gut! bei der Minderheit). Wenn es auf Anwesenlichkeiten und auf das Zeremonielle ankommt, dann kann es der Demokrat, der Bürger Seitz mit seiner Majestät verfloßener Zeiten ruhig aufnehmen. Die Bürgermeister vergangener Zeiten, grosse Männer, wie Feldner, Feiler und Lueger, haben ihren Ehrgeiz dareingesetzt, dem Gemeinderat zu präsidieren und haben dafür Stunden geopfert. Der Bürgermeister von heute scheint auch im Gegensatz zu seinem unmittelbaren Vorgänger an dem Vorsitz im Gemeinderat keine Freude zu haben. (Beifall bei der Minderheit). Ich finde es begreiflich, dass die ausgehöhlte Position des Bürgermeisters schliesslich seine psychologischen Rückwirkungen ausübt. Der Magistratsdirektor hat noch seinen Titel von früher und seine Bezüge. Was ihm nicht gelungen ist zu erhalten, ist das Ansehen und der Inhalt seiner Stellung, wobei ich gleich feststelle, dass das nicht an der Verantwortlichkeit des Magistratsdirektors, sondern an der Stellung liegt, die man ihm zugedacht hat. Der Gemeinderat ist mit seinen Ausschüssen im wesentlichen doch nur eine Abstimmungsmaschine. Charakteristisch ist z.B. was heute im Aacherausschuss geschehen ist. Man hat ihn um 4 Uhr zu einer Sitzung einberufen und ihm als Tagesordnung einen Kollektivvertrag und eine Abrechnung über die Stadtbahn vorgelegt. Als er nach einer Stunde mit seiner Beratung nicht zu Ende war, hat der Stadtrat erklärt, es beginne nun die Gemeinderatssitzung, er breche die Verhandlungen ab, wir werden vor der Beratung des Budgets kaum mehr zusammen kommen, wir werden das im Stadtrat und dann im Gemeinderat genehmigen und nach Neujahr rufe ich Euch wieder zusammen. (Lebhafte Hört! Hört! Rufe bei der Minderheit). Das ist ein klassisches Beispiel dafür, was man sich unter Demokratisierung der Verwaltung vorstellt. Tatsächlich ist die Verwaltung weder Bürgermeister, noch Magistrat, weder Gemeinderat, noch seine Ausschüsse, sondern die Omnipotenz der acht amtierenden Stadträte. Die Verwaltung holpert von einem Stadtrat zum anderen und so geht alles systematisch rettungslos verloren. Wir hatten früher eine kontrollierende Instanz, die Stadtbuchhaltung, unabhängig vom Magistrat. Der Buchhaltungsdirektor war im Rahmen der Verwaltung eine ganz besondere Persönlichkeit. Oft ist er beim Gemeinderat vorstel-

lig geworden, damit gewisse Dinge so und nicht anders gemacht werden. Die Stadtbuchhaltung von heute ist aller ihrer Selbstständigkeit entkleidet, sie ist dem Magistratsdirektor vollständig unterstellt, ihre frühere Kontrollfunktion ist auf ein Kontrollamt übertragen worden, das direkt dem Gemeinderat unterstellt worden ist. Diese Entscheidung war keine glückliche. Geben Sie der Buchhaltung ihre frühere Stellung zurück! Machen Sie aus Ihrem Direktor wieder einen unabhängigen freien Mann! Heute wird vielfach nicht miteinander, ja nicht einmal nebeneinander, sondern gegeneinander verwaltet. Das gilt insbesondere von Personalreferenten. Der Mann soll alles verstehen, Er soll verstehen, wer zum Maschinenputzer, zum Strassenkehrer, zum Schulleiter, zum Pfleger, zum Koch geeignet ist, wer sich für den Konzeptsbeamten, für einen technischen Beamten, für einen medizinischen Beamten eignet. Wenn Herr Speiser das wirklich nicht treffen kann, so kann man ihn persönlich daraus keinen Vorwurf machen. Und wenn dabei nichts anderes heraus kommt, als dass sich der Personalreferent auf die Linie des Parteiinteresses begibt, so darf man sich darüber auch nicht verwundern, das ist eine ganz selbstverständliche Wirkung. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Das Verwaltungssystem, das Sie aufgerichtet haben, birgt zwei grosse Gefahren in sich, die Möglichkeit schwerer Unzukömmlichkeiten und des Amtsmissbrauchs und die starke Versuchung zu beidem. Das ist eine schwere Anklage. Und wenn ich sie begründen soll, möchte ich vor allem auf die alte Verwaltungsgruppe V, die Gruppe des Bauwesens, derweisen. Dort hat ihr Verwaltungsprinzip und ihre Verwaltungsmethode nicht konstruktiv, sondern direkt destruktiv gewirkt. Diese Verwaltungsgruppe hat bereits alle Merkmale des Chaos aufgewiesen; Unregelmässigkeiten haben sich an Unregelmässigkeiten gereiht und auch ohne Amtsmissbrauch ist es sicherlich nicht abgegangen. In dieser Gruppe haben Sie ein Musterinstitut von Inkompatibilitäten geschaffen. Der amtsführende Stadtrat dieser Gruppe hat vier Funktionen in sich vereint. Er war Bauherr, Baumaterialienfabrikant, Baumaterialienhändler und Baupolizei. Welcher Mensch kann, wenn er auch von der höchsten sittlichen Qualität ist, durch dieses Gestrüpp von Kompetenzen durchkommen? Er muss einmal zum Straucheln kommen. Wie sinnlos diese Konstruktion ist und wie destruktiv sie wirken muss, haben die traurigen Erfahrungen auf dem Gebiete der städtischen Wohnhausbauten in den letzten Monaten überreichlich gezeigt. Der beste Beweis dafür, wie recht wir mit unserer Kritik haben, ist der, dass Sie unserer Kritik nicht mehr zu widersprechen den Mut haben, sondern dass Sie aus ihr die Folgerungen ziehen. Sie haben bereits die raffinierte Konstruktion von Inkompatibilitäten zu einem Verwaltungssystem bereits gesprengt. Sie haben einen anderen Stadtrat zum Bauherren bestimmt einen dritten Stadtrat mit der Baupolizei betraut und in der letzten Stadtratssitzung am Freitag waren Sie genötigt, unserer letzten Forderung Rechnung zu tragen und einen vierten Stadtrat mit dem Einkauf der Baumaterialien zu betrauen. Wir können uns dieser Tatsache freuen, aber unsere Freude wird sehr gemindert, wenn wir daran denken, in welchem Umfang dies auf Kosten der Steuerträger und der Gemeindefinanzen gegangen ist. (Lebhafter Beifall). Dabei ist es notorisch, dass aus dieser Gruppe V die angeblich dazu gedient hat, den Technikern gleichen Rang neben den Juristen zu geben, ein Institut der Missachtung der Techniker geworden. Man hat gedacht, dass der Stadtbaudirektor aus seiner Subordination gegenüber dem Magistratsdirektor herausgehoben werden und eine selbständige Verwaltungspersönlichkeit werden soll. In Wirklichkeit ist dem Stadtbaudirektor nicht viel mehr geblieben, als das Amt, der Rang und die moralische Verantwortlichkeit für die Vorkommnisse in seinem Amt, er hat aber nicht die Möglichkeit das Amt nach seiner Auffassung und seinem Gewissen zu verwalten.

Man hat also bewusst und gewollt den Stadtbaudirektor ausgeschaltet und hat sich Leute bestellt, die fachliche Kenntnisse durch Untertänigkeit und Willenlosigkeit ersetzen. Ich habe hier bereits zwei genannt. Man kann da mit Hamlet sagen, dass sich zwischen Himmel und Erde Dinge ereignet haben, von denen sich ein Stadtbaudirektor nichts träumen liess. Wir hoffen, dass dies nur eine Reminiscenz an eine unwürdige Epoche ist.

Der Referent hat auch ausführlich über den Wohnhausbau gesprochen und ihn als eine Pflicht der Gemeinde bezeichnet, weil er die Stütze des bestehenden Mietgesetzes zu sein hat. Diese Rechtfertigung haben wir wiederholt gehört. Wenn dies Ihre innere Überzeugung ist, dann sind Ihre Handlungen treulos gegenüber Ihren Grundsätzen. Es müsste das Mietproblem ein Problem der Hausherrn und der Mieter sein, wenn Sie Recht behalten. Aber das Problem der Reform des Mietgesetzes ist längst aus dem engen Rahmen hinausgewachsen und ist ein volkswirtschaftliches Problem aller ersten Ranges geworden. Der Referent hat auch von den städtischen Krediten gesprochen. Man könnte da die Frage stellen, ob damit nur den Gewerbetreibenden geholfen wird. Würde doch der Gruppe um das Extrablatt herum gleichfalls ein Kredit gegeben, was doch nur deshalb geschehen, um mit Hilfe des Kreditvereines auf diese Zeitungen einen Einfluss zu nehmen. Aber immer deutlicher tritt als eine ausserordentliche Erscheinung beim Kreditsuchen und beim Kreditgeben die Tatsache hervor, dass der Realbesitz kein Kreditobjekt mehr ist. Dadurch sind grosse Kreditsummen vollständig verschüttet. Mancher Unternehmungsgeist verzehrt sich vergeblich, weil er nicht in der Lage ist, sein Kreditbedürfnis zu befriedigen, da er trotz seines Hausbesitzes ein Bettler ist. Wenn Sie glauben die Frage des Mieterschutzes so behandeln zu können wie bisher, so können wir nur feststellen, dass dies an den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten scheitern wird. Wenn Sie wirklich durch den Wohnungsbau den Mieterschutz stützen wollen, dann müssten Sie eine ganz andere Bautätigkeit einschlagen. Der eigentliche Notstand ist jetzt gegeben und deshalb müssten Sie sehr rasch bauen. Aber Sie fangen jetzt schon an, das Bauprogramm zu reduzieren. Sie haben im Budget für 1927 den Bau von 10.000 Wohnungen eingestellt. Wie wir jetzt erfahren, sollen nur 8000 gebaut werden. Für 1928 ist das Programm auf 6000 Wohnungen reduziert worden, gegenüber 1927 um 4000 Wohnungen weniger. Sie sagen, dass Sie mit 6000 Wohnungen das Auslangen finden. Sie argumentieren aber verkehrt. Warum haben wir eigentlich so wenig Eheschliessungen? Doch nur deswegen, weil die bisherigen Erfahrungen auf die Schliessung einer Ehe geradezu abschreckend wirken. Viele Tausende von Ehepaaren können keine Wohnung finden, leben getrennt, haben die Kinder anderswo untergebracht und solche Erfahrungen schrecken vor Eheschliessung ab. In vielen Fällen besteht nur der sakramentare oder zivilrechtliche Vertrag, die Realisierung ist vollständig ausgeschlossen. Sie müssen den Wohnbau forcieren um die Eheschliessungen wieder zu ermöglichen. Von den 6000 Wohnungen müssen Sie auch noch die Räume abziehen, die demoliert werden. Auch die Gemeinde selbst trägt dazu nicht wenig bei und wir werden darüber wenn wir das Beweismaterial besitzen, ausführlich sprechen.

St.R. Rumelhardt: Ein Stadtrat ist überhaupt nicht hier. Die Stadträte interessieren sich für die Generaldebatte nicht.

St.R. Kynschak: Man darf auch nicht übersehen, dass im Krieg und später nicht gebaut wurde. Das Stadtbauamt berechnet den Verlust von 1914 bis Ende 1919 mit 75.000 Wohnungen. Aber selbst wenn wir den kleinsten Schwund mit 54.000 Wohnungen in dieser Zeit annehmen, wie wollen Sie da den Wohnungsbedarf auf pari bringen? Sie stehen da vor einer Unmöglichkeit. Der Wohnungsmarkt ist zu sehr erschüttert, als dass er durch solche Massnahmen wieder zur Gesundheit gebracht werden könnte. Gerade der Umstand, dass Sie jetzt mit Ihrer Wohnbaupolitik auf die Rückzugslinie gehen, ist der stärkste Beweis dafür, dass Sie im Innersten bereits empfinden, dass Sie den Zustand nicht bessern können. (Beifall).

Nun einige Worte über die Wohnungsbewirtschaftung. Bis Ende 1925 haben wir das Wohnungsanforderungsgesetz gehabt und es bestand im Wohnungsamt eine Wohnungszuweisungskommission, die sechzehn Mitglieder zählte. Drei Mitglieder wurden besonders hervorgehoben und mit haßbarmen Charakter in das Wohnungsamt hineingesetzt, darunter auch ein Mitglied der Minderheit. Ende 1925, als das Wohnungsanforderungsgesetz erlosch, forderte der Bürgermeister uns auf, eine kleinere Kommission zu beschicken, die aus sechs Mitgliedern zusammengesetzt sein sollte. Wir wollten zwei nominieren. Unser Klub hat am 7. Jänner 1926 sich mit dieser Frage beschäftigt und es wurden die Gemeinderäte Binder und Doppler nominiert. Man wurde es still. Und bis zum heutigen Tage ist nichts geschehen. Erst heute erhielt ich ein Schreiben des Bürgermeisters, in dem steht, worin auf meine Reklamation mitgeteilt wird, dass man sich mit der Absicht getragen hat, einen solchen Ausschuss einzusetzen, aber durch das Erlöschen des Anforderungsgesetzes diese Absicht wieder fallen gelassen wurde. Dazu hat man vom Jänner 1926 bis Dezember 1927 gebraucht. Diese geplante Kommission ist also nicht eingesetzt worden, weil das Anforderungsgesetz zu bestehen aufhörte. Wir müssen aber die Ausschaltung der Minderheit als einen Rechtsakt betrachten. Das Anforderungsgesetz hat ja nur einen ganz losen Zusammenhang mit der Frage der Wohnungszuweisung. Der Ausschuss war ja nicht nur eingesetzt, um die Wohnungen die durch das Anforderungsgesetz zufielen, sondern auch die Wohnungen in den städtischen Haushalten auszuweisen. Es bleibt also dabei, dass die Auflösung des früheren Wohnungszuweisungsausschusses und die Nicht-einberufung des neuen Ausschusses seine Ursache nur hat in der Absicht bei der Verteilung der Wohnungen ungestört und unkontrolliert zu sein. (Beifall bei der Minderheit). Wir haben seit Jänner 1926 in die Wohnungszuweisung und in den Wohnungstausch, bei dem sich gar nette und liebliche Dinge abspielen, nicht den geringsten Einblick. Dafür aber ist an Stelle des verfassungsmässigen Ausschusses verfassungswidrig der Herr Gemeinderat Reismann getreten. Er übt im Wohnungsamt eine Funktion aus, die sich wenig von der eines Beamten unterscheidet. Es wurde auch gesagt, er sei der Stellvertreter des Stadtrates. Ich habe mich bemüht, mich in der Verfassung eine Bestimmung zu finden, die das rechtfertigt. Ich habe nichts gefunden. Auch in der Geschäftsordnung des Gemeinderates und Stadtrates steht darüber nichts. Wie kommt also der Herr Gemeinderat Reismann als Stellvertreter des Stadtrates in das Wohnungsamt hinein? Stadtrat Weber hat gesagt, dass er ihn dem Parteienverkehr abnimmt. Das ist eine sehr ernste Sache, die weit über den Parteienverkehr hinausgreift. Wir sehen nämlich, dass aus den Händen eines unter Geheime stehenden Stadtrates amtliche Weisungen an jemanden übergeben, der von jedem Gelübde entbunden ist und nur als Parteimann entscheidet. Das ist eine schlimme Entartung im Rahmen der städtischen Verwaltung und ein Verfassungsverbruch schlimmerer Art, gegen den die Frage, welche Besüge Gemeinderat Reismann widerrechtlich empfängt, gar keine Rolle spielt. (Beifall bei der Minderheit).

Wir haben immer gesagt, dass Investitionen aus laufenden Mitteln keine befruchtende Wirkung ausüben können. Jetzt haben Sie sich entschlossen, eine Anleihe für Investitionen der städtischen Unternehmungen aufzunehmen. Es wurde ein relativ günstiger Abschluss erzielt. Wir haben daran nur auszusetzen, dass Sie die Anleihe zu spät aufgenommen haben. Wie die Tatsachen auf dem Gebiete des Anleihemarktes zeigen, hätten Sie, wenn Sie früher eine Anleihe aufgenommen hätten, eine solche zu noch besseren Bedingungen bekommen hätten. Ein Faktor, der 15. Juli, der auf die Verhandlungen sicherlich bestimmend gewirkt hat, wäre Ihnen erspart geblieben. Wenn Sie die Anleihe vor dem 15. Juli unter Dach und Fach gebracht hätten, wären sicher günstigere Bedingungen erzielt worden. Mit der Aufnahme der Anleihe ist aber auch eine Verpflichtung fällig geworden, die Sie eingegangen sind. Wir haben immer die Aufhebung der Wasserkraftabgabe verlangt, doch wurde dies immer abgelehnt. Ich habe in dem letzten Budgetberatung neuerlich den Antrag gestellt, sie aufzuhe-

ben. Der Gemeinderat hat einstimmig die geschäftsordnungsmässige Behandlung meines Antrages beschlossen. Ich frage Sie nun, Herr Stadtrat Breitner, berührt es Ihr demokratisches, verfassungsmässiges und gesellschaftliches Gefühl gar nicht, neuerlich über ein Budget zu berichten, ohne ein Wort darüber zu sagen, was mit dem Antrag geschehen ist? Wenn Sie sich mit ihm nicht beschäftigt haben, so haben Sie wenigstens den Mut, es zu sagen. Sie haben erklärt, die Aufhebung der Wasserkraftabgabe käme nur dann in Betracht, wenn Sie eine Anleihe für die Elektrizitätswerke bekommen. Sie haben jetzt eine Anleihe und ich verlange deshalb wieder die Aufhebung der Wasserkraftabgabe, für die jede gesellschaftliche Grundlage fehlt und für deren Aufhebung die Achtung vor dem Gesetze unbedingt verpflichtet. Stadtrat Breitner hat dann noch die Russlandkredite erwähnt. Wir sind dieser Aktion mit sehr geringem Vertrauen gefolgt. Gemeinderat Dr. Wagner hat schon seinerzeit den Gemeinderat von den Erfahrungen Deutschlands Mitteilungen gemacht, die sehr beachtenswert waren. Sie wurden aber von Ihnen nicht gehört. Nun stehen wir vor der Periode der Wirksamkeit der Russlandkredite. Breitner hat aus gepresster Brust und mit sehr bescheidenen Worten auf den Erfolg der Russlandkredite hingedeutet. Ein Blatt, das von Ihnen sehr gefüttert wird, schreibt einen sehr skeptischen Aufsatz über das Russlandgeschäft. Ein anderes Blatt meldet, dass das Geschäft mit Siemens Schuckert storniert wurde. Als Ursache erklärt man, dass die Russen neue Forderungen stellen, die es den Unternehmern unmöglich macht, darauf einzugehen und die auch für die Gemeinde unmöglich sind. Die Russlandkreditaktion scheint also zu Wasser zu werden und es wird gut sein, wenn Sie dieses Rahmesblatt aus dem Kranz ziehen. Im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik steht auch die Steuerpolitik. Ich will von der Lastbarkeitsabgabe nicht reden. Von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe aber muss man sagen, dass es da nur einen Grundsatz gibt, der Willkür heisst. Vor den Wahlen hat man die Kaffeehausbesitzer von Kernalts, die unter den ganz gleichen Bedingungen stehen, von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe rundwegs ausgeschaltet. Nur ein Kaffeehaus, von dessen Besitzer man weiss, dass es vergeblich ist, ihn zu bekohren, wurde mit fünf Prozent Bruttoabgabe darinnen gelassen. Ich habe diese Angelegenheit schon einmal besprochen und den Erfolg erzielt, dass dem Kaffeehausbesitzer angekündigt wurde, dass seine Abgabe von fünf Prozent auf vierzehn Prozent ermässigt werde. Das freie Ermassen überhaupt ist, wo immer es angewendet wird, eine Quelle der Willkür und eine starke Versuchung zur Protektion, die schliesslich auf Korruption hinausläuft. Das freie Ermassen ist nicht Ihre Erfindung. Dem Manne, der es eingeführt hat, wurde jede Entscheidung als ein Akt der Willkür angekreidet. Als ich seinerzeit sein Amt als Schlichter im niederösterreichischen Landesausschuss übernommen habe, war es mein erstes, dass auf dem Lehrgesetz das freie Ermassen ausgeschlossen wurde. Schaffen Sie für die Nahrungs- und Genussmittelabgabe andere Grundlagen, schaffen Sie bestimmte Kriterien, damit nicht die von der Abgabe betroffenen Unternehmer das Bewusstsein haben, Opfer der Willkür und Protektion zu sein. Sie haben auch in den letzten Jahre einige Steuerermässigungen vorgenommen. Sie haben diese aber auf den leichten Feldern der von Ihnen niedrigergerungen Existenzen durchgeführt. Damit haben Sie sich selbst und dem ganzen Wirtschaftsleben um einen grossen Erfolg gebracht. Dies namentlich bei den Theatern. Es sind zwei Fehler zu verzeichnen, die wie Schlaraffenland die Redlichkeit Ihrer Gesinnung werfen. In der Volkoper waren die früheren Direktoren nicht

in der Lage, die Lustbarkeitsabgabe zu tragen. Es haben sich daher grosse Rückstände angesammelt. Glauben Sie, Herr Stadtrat Breitner, dass sich ein Nachfolger einer Direktion findet, der die Rückstände dieser Direktion übernimmt? So haben Sie in der Volksoper einen Zustand geschaffen, der kurz über lang jämmerlich zusammenbrechen wird. Breitner hat erklärt, dass er dem Theaterverein die Steuer nicht anlastet. Wenn er aber auch dem neuen Direktor die Steuer nicht anlasten will, so ist es ihm möglich, das Gesetz zu ändern, wobei wir ihm willig Folgschaft leisten werden. Breitner bezeichnet die Rückstände als eine Aktivpost, der Kaufmann hingegen als dubios. Sie täuschen sich damit selbst und die Öffentlichkeit. Schreiben Sie doch diese Rückstände ab und schaffen Sie einen anderen Zustand. Die Staatstheater sind ebenfalls mit der Lustbarkeitsabgabe belastet. Aus dieser Situation ist eine hochpolitische geworden. Die Landesvertreter verweisen auf das Defizit der Staatstheater, das sich fast mit der Höhe der Abgabe der Lustbarkeitssteuer an die Gemeinde Wien deckt, und sagen, was so sie dazu kommen, das Defizit für Theater zu decken, die zu neunzig Prozent den Ruf Wiens als Musikstadt tragen. Aus diesem Zustand haben Landesvertreter ohne Unterschied der Partei die Konsequenzen gezogen. So hat der Bürgermeister von Graz von der Regierung gefordert, dass Grazer Theater zu subventionieren. Klagenfurt hat das Gleiche getan, ebenso die sozialdemokratische Linzer Stadtverwaltung. So ist eine ernste politische Frage entstanden. Welchen Wert haben die Staatstheater für Wien? Sie sind das tragende Element des Fremdenverkehrs und des Rufes der Musikstadt Wien. Sie sind die einzige Hoffnung, dass es gelingen kann die uralte Kunsttradition Wiens den kommenden Geschlechtern unversehrt zu halten. Breitner wird sagen, die Staatstheater sollen besser wirtschaften, dann werden Sie kein Defizit haben. Das ist eine sehr billige Sache. Die Regierung und die Staatstheaterverwaltung sind unausgesetzt bemüht, durch eine strenge Gebarung und durch strenge Ersparungsmassnahmen das Defizit zu mindern.

Leute, die für die Situation Verständnis haben, sagen, dass die Staatstheaterverwaltung schon hart an die Grenze gekommen ist, wo die Gefahr entsteht, dass die Staatstheater ihren Kunstwert verlieren können.

Wir wollen sagt der Redner, seine Ausführungen zusammenfassend, auch nur den Schein aufkommen lassen, als ob wir zu Ihrer Verwaltung Vertrauen hätten. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Denn der Impuls der Wiener Gemeindeverwaltung sieht nur auf die Wahrung des sozialdemokratischen Parteinteresses ab. (Lebhafter Beifall bei den Parteien der Minderheit). Wenn Dr. Seipel bei seinem ersten Amtsantritt erklärte, Staatspolitik steht über Parteipolitik, so heisst es bei Ihrer Parteipolitik geht über jede Gemeindepolitik. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Das beweisen vor allem zwei Fakten, die Tätigkeit der Gewista und die Währinger Wahlen. Die Gewista hat neben ihrem Reklamegeschäft die Funktion den Reptilienfonds, der einmal in der Monarchie bestanden hat, auf das Gebiet der Gemeindeverwaltung zu übertragen und aus diesem Reptilienfonds die Presse freundlicher zu stimmen. Jahr für Jahr werdend urch die Gewista Riesenbeträge an bestimmte Zeitungen verausgabt. Das ist an sich schon eine sinnlose Verschwendung von Geldern. Wenn Sie aber dieses System gar nur auf bestimmte bürgerliche Zeitungen anwenden, die die Geneigtheit zeigen, Ihnen günstig gesinnt zu sein, so kann man nur vom heftigsten Misbrauch öffentlicher Gelder und von Pressekorruption reden. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Was die Wahlen in Währing betrifft, sind die Verfügungen des Bürgermeisters, die sich auf die sofortige Auflösung der Bezirksvertretung und auf die einstweilige Betrauung zweier Herren mit den Geschäften des Bezirksvorstehers und des Bezirksrates in Ordnung. Der vom Bürgermeister bekämpfte Entschluss dafür zu sorgen, dass die Neuwahl als vollkommen rein und ein-

wandfrei bezeichnet werden kann, ist lobenswert. Aber wir können nicht daran glauben. Wir sind der Meinung, die Wahl müsste und zwar so rasch wie möglich auf Grund der alten Wählerlisten wiederholt werden, die mit den Korrekturen versehen werden müssten, welche der Magistrat und der Verfassungsgerichtshof als gesetzlich notwendig bezeichnet hat. Das heisst, die Wahlen müssen, so weit es menschlich möglich ist, von den Leuten vorgenommen werden, die am 21. April um ihr Wahlrecht betrogen worden sind. Der Bürgermeister hätte mit der Auflösung sofort die Wahlen ausschreiben müssen. Er weigert sich aber das zu tun. Er will die Wahl nicht mehr in diesem Jahre ausschreiben, sondern die Wiederholung der Wahl ins nächste Jahr verlegen, in dem die Zusammensetzung der Wählerschaft natürlich eine ganz andere sein wird, als im Jahre 1927. Es war ein Grund für die Aufhebung der Währinger Wahlen, dass das sozialdemokratische Parteisekretariat, gedeckt durch den Namen des Bezirksrates Papuscheck, Leute in die Wählerliste reklamiert hat, die gar nicht im Bezirk wohnen. Wenn so etwas geschehen ist, ist zu befürchten, dass dieser Apparat bis zu dem Tag, an dem die Wahl festgesetzt wird, gründliche Arbeit leisten wird, um die Wählerliste entsprechend zu präparieren. Dieses Misstrauen ist berechtigt auf Grund der Fakten, die vom Verfassungsgerichtshof nachgewiesen wurden, und die der Magistrat in 27 Fällen selbst zugegeben hat, sowie in der Tatsache, dass ein sozialdemokratischer Parteifunktionär diesen Wahlschwindel begangen hat, der seine Rechtfertigung auch vor dem Strafgericht finden wird. Wenn der Bürgermeister reine Wahlen haben will, muss er jede Möglichkeit der Fälschung der Wählerlisten abriegeln und die Wahlen sofort ausschreiben. Tut er es nicht, so können wir an seine Verheissung reiner Wahlen nicht glauben. Dann gibt es für mich keine andere Überzeugung, als dass der Bürgermeister bewusst dem Wahlschwindel die Saure macht. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Wir hoffen, dass durch eine günstigere Wendung auch in dieser Frage eine gewisse Vertrauensatmosphäre in dieser Saal herbeigeführt werden wird. Derzeit stehen wir in einer ernstlichen Misstrauensatmosphäre und in dieser können wir nur unseren Protest erheben, dem Budget aber niemals die Zustimmung erteilen. (Stürmischer Beifall und enhaltendes Händeklatschen bei der Minderheit).

GR. Zimmerl (S.L.) knüpft an die letzten Bemerkungen des GR. Puschak an und bemerkt, nicht nur in Währing, sondern in allen Bezirken sei dieselbe Erscheinung in Bezug auf die Wahlen zu Tage treten. fehlt es der Opposition mangels jedes amtlichen Apparates an der technischen Möglichkeit, anderwärts den Wahlschwindel so genau festzustellen wie in Währing. Was die Entwicklung unserer Wirtschaft betrifft, so sei zweifellos eine Besserung zu verzeichnen und es ist unser aller Wunsch, dass die Besserung raschere Fortschritte macht, als im vergangenen Jahre. Sehr interessant ist es, dass sich der Sozialdemokrat Breitner über die Steigerung der Spareinlagen freut, da ja sonst die Sozialdemokraten Gegner derjenigen sind, die Kapitalien sammeln. Auch dass die Zahl der Automobile gestiegen ist, ist gewisse erfreulich. Eine wirkliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wären aber nur dann zu konstatieren, wenn sich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten gebessert hätten. Darüber konnte uns Breitner nichts günstiges berichten. Wir hören im Gegenteil von glaubwürdiger Seite, dass der Brot- und Gebäckkonsum zurückgegangen ist, gewiss ein Zeichen dafür, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten schlechter geworden sind. Der Vorschlag unterscheidet sich wesentlich von dem vorgangener Jahre. Er ist ein Voranschlag der Eingekündigten zunächst gegenüber unserem jahrelangen Kampf. Zu einer Reform der Finanzverwaltung, wie wir sie verlangt haben, haben sie sich zwar nicht bekannt, aber sie haben einige von uns geforderten Steuerermässigung konzediert und das Budget zeigt, dass der Ertrag der Landes- und Gemeindeabgaben trotz dieser Ermässigungen weiterhin steigend ist. Sie werden sich auch zu einer eingehenden Reform des ganzen Steuersystems entschliessen müssen. Nur werden Sie es zu spät machen. Ein zweiter Erfolg den wir erzielt haben, ist die Anleihe. Man ist die Bahn frei für eine

günstigere Ausgestaltung der städtischen Unternehmungen, insbesondere der Strassenbahn und wir hoffen, dass in kurzer Zeit dem Wiener Verkehrskandal ein Ende bereitet wird. Sie sprechen immer von reinen Strassen in Wien. Tatsächlich sind die Strassen in Wien nur rein, wenn das Wetter schön ist. Jetzt hat es zwei Tage geschneit, sie haben aber mit der Strassensäuberung gewartet, weil sie damit rechnen, dass sie ein paar Millionen ersparen können. Vom Standpunkt der Beschäftigung der Arbeitslosen ist das geradezu ein Verbrechen. Sie sollten den Schnee der vom Himmel fällt, begrüßen, damit Sie Gelegenheit haben, ein paar hundert oder tausend Menschen zu beschäftigen. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Ihr wichtigstes Eingeständnis bezieht sich auf die städtischen Wohnhausbauten. Tatsächlich ist das städtische Wohnhausbauwesen technisch und finanziell zusammengebrochen. Wir haben Ihnen das vorausgesagt. In Ihre Antwort war darauf aber: Und wenn Sie zerspringen, wir werden noch mehr bauen! Wir sind nicht zersprungen, aber die städtischen Wohnhausbauten fangen zu zerspringen an. (Lebhafte Heiterkeit und Sehr gut! bei der Minderheit). Wie wir vorausgesagt haben, konnten Sie nicht den ganzen für diese Zwecke im Jahre 1927 eingesetzten Betrag verbauen. Sie haben um 26 Millionen Schilling zu weniger verbaut. Im vorigen Jahr haben Sie die Grundsteinlegung der 25.000 Wohnung gefeiert, heute sind aber erst etwas über 21.000 Wohnungen fertig. Bis es zur Fertigstellung der 25.000. Wohnung kommt, werden vielleicht so und so viele Tausende neuerbauter Wohnungen in der Fundamentierung verschwunden sein. Stadtrat Weber scheint auch wie aus seinen Bemerkungen im Ausschuss hervorgeht, nicht viel Vertrauen zu haben, dass er seine Wohnungen anbringen wird. Interessant ist es jedenfalls, dass die sozialdemokratischen Funktionäre lieber in den Häusern der Zinseigentümer wohnen, als in den städtischen Wohnhäusern. Das Budget legt aber auch Eingeständnisse in der von Dr. Bauer auf dem Parteitag abgegebenen Richtung ab, dass die Sozialdemokraten lieber den falschen Weg gehen wollen, als es auf eine Spaltung der Parteien ankommen zu lassen. Da es mit den Wohnhausbauten nicht geht, versuchen Sie es jetzt mit dem Ankauf von Grund und Häusern. Dabei nützen Sie das Unglück bedauerlicherweise Menschen aus. Das ist die Methode von Wucherern. Sie geben z.B. einer Frau, die 76 Jahre alt ist, eine Leibrente von neuntausend Schilling, die diese alte Frau natürlich nur sehr kurze Zeit genießen kann, während sie das Haus für alle Zukunft in den Händen der Gemeinde bringt. Sie gehen auch lieber den schlechten Weg in Bezug auf die Politisierung der Verwaltung. Das Rathaus ist nichts als ein weit verzweigtes sozialdemokratisches Parteisekretariat und der Magistratsdirektor ist der Generalsekretär der sozialdemokratischen Partei. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Man kann ihm sogar in dieser Funktion eine absolute Tüchtigkeit zuschreiben.

Der Redner bezeichnet es als unverantwortlich, die Steuerveranlagung nach parteipolitischen Grundsätzen vorzunehmen. Insbesondere die Kontinuität der Gemeindeverwaltung ist durch den Stimmenfang mit Steuerkunststücken bedroht, was das tiefste Niveau, auf das eine Parteipolitik sinken kann. Was an Versprechungen vor der Wahl getrieben wurde, ist ein Skandal für sich. Dabei haben die Herren, die immer vorgeben, den Alkohol zu bekämpfen, es scheinbar für das wichtigste gehalten, 212 Branntweinschenken auszureihen. Wir sind zwar keine Alkoholgegner, hätten aber nichts gegen die Sperrung der Branntweinschenken einzuwenden. Wir sind auch überzeugt, dass die Ausgerihteten lauter Sozialdemokraten sind. Der Redner bespricht sodann die Bilanzergebnisse der städtischen Unternehmungen und wendet sich dagegen, dass bei der Wipag, die im Jahre 1926 einen Gewinn in der Höhe des vierfachen Stammkapital gemacht hat, für die Arbeiter und Angestellten, nicht ein Heller zur Verfügung gestellt wurde. Das hat man offenbar deshalb nicht getan, weil man nicht auch an die Angestellten der anderen Betriebsunternehmungen Zuwendungen machen müsste. Bei diesen anderen Unternehmungen steht

es aber sehr traurig aus. Die Kiboko weist nur einen Gewinn von ein Viertel Prozent des Stammkapitals auf. Dabei wurden keine Abschreibungen gemacht, d.h. es ist in Wirklichkeit ein Defizit vorhanden. Diese Unternehmung, sowie andere Unternehmungen der Gemeinde/natürlich haben es viel leichter, als jede Privatunternehmung, da die Gemeinde Milliardenwerte eingebracht hat und da/sie steuerrechtlich viel besser behandelt wird, als Privatunternehmen. Die Sozialdemokraten betonen immer die kleinen Landwirte gegen die Grossen, indes sie von den eingewinsten der Grossgrundbesitzer erzählen. Nun ist die Gemeinde in der landwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft selbst Agrararierin geworden, hat sich aber anstrengen müssen, um überhaupt einen Gewinn zu haben. Die Wiener Baustoffe A.G. würde, wenn man die üblichen Abschreibungen vornehmen würde, sicher auch ein Defizit aufweisen. Sogar die ausschliesslich an die Gemeinde Wien liefert. Auch die Kalkwerke Kaltbrunn weisen nur einen Gewinn von einem Viertel Prozent des Stammkapitals auf. Die Porphyritwerke haben einen Verlust von 46.000 Schilling. Obwohl in das Werk Butzende Milliarden unter dem Schlagwort hineingesteckt worden sind, man wolle sich von der privaten Industrie unabhängig machen. Die Steingewerkschaft weist ohne Abschreibungen bloss einen Gewinn von drei Viertel Prozent aus. Die Sozialdemokraten stehen immer auf dem Standpunkt, dass das Lebensmittelgeschäft das erträglichste ist. Die Wiener Obst- und Gemüse A.G. hat einen Verlust in der Höhe von 119.000 Schilling (Lebhafte Beifall bei der Minderheit) in der Höhe des halben Stammkapitals. Das städtische Lagerhaus, einst eine Musteranstalt, hat bisher Verluste von 22 Milliarden zu verzeichnen.

Die Verluste bei der gemeinwirtschaftlichen Anstalt Holzmarkt betragen 107.000 Schilling. Wir hoffen, dass die Erfahrungen mit diesen sozialisierten Unternehmungen der Mehrheit, die Sozialisierungsexperimente ernstlich abgewöhnen werden. Wir können hier nur den Rat geben, von Ihrer unglückseligen Methode abzugehen und den Grundsatz Lugers zu befolgen, dass die Gemeinde möglichst viel Privatunternehmungen beschäftigen soll. In Ihren Unternehmungen sitzen keine Fachleute, weil sie die Verwaltung parteipolitisch zusammensetzen, weil Sie hier nach dem Proporz vorgehen, was ein Unding ist. Machen Sie Ihre Geschäfte mit der legitimierten und fachkundigen Industrie, Gewerbe und Handel, dann werden Sie bessere Waren und billigere Preise haben. (Lebhafte Beifall).

Der Redner beschäftigt sich sodann mit dem Voranschlag der Gruppe Finanzen und bemerkt, seine Partei halte nach wie vor eine Reform des ganzen Steuerwesens für unerlässlich. Er stellt daher den Antrag einen Unterausschuss zu wählen, der die Aufgabe haben soll, Anträge über eine zeitgemässe Reform des städtischen Abgabewesens zu stellen, wobei insbesondere auf die Ausschaltung des freien Massens und auf eine Ermässigung der bestehenden Abgabensätze Bedacht zu nehmen ist. In Begründung seines Antrages verweist der Redner darauf, dass zunächst die Wohnbausteuer reformbedürftig sei, da sie auf dem seinerzeitigen Stande eingestellt war. Seither sind die Mieten wesentlich in den Häusern, wo die armen Leute wohnen, gewaltig gestiegen. Es müsste auf die Invaliden, auf die Kleinrentner und Frührentner Rücksicht genommen werden. Bezüglich der Fürsorgeabgabe müsste der Widerspruch aufgehoben, beziehungsweise das Unrecht gut gemacht werden, dass die Konsumvereine, gemäss der Entscheidung der Beschwerdekommision, von dieser Abgabe befreit sind. Es müsste ferner die Frage der Steuerpflicht der sogenannten Stückmeisterlöhne und überhaupt die Frage des Arbeitseinkommens in diesem Zusammenhang geregelt werden, da der Magistrat Entscheidungen gefällt hat, die gegen das Interesse der Arbeiter und Angestellten sind.

und unaufrecht, wenn er nur die eine Seite beachtet und das andere
sichtlich unter dem Tisch fallen lässt. (Lebhafter Beifall) Achter Bogen
Gegen eine exträgliche Besteuerung der Vergnügungsorte ist gar nichts
einzuwenden. Aber die Besteuerung von Sport- und Volksbildungsveranstal-
tungen ist ein Unsinn. Sie erschlägt den weltbekannten Frohsinn und die
Wiener Gemütlichkeit, die von Engländern, Franzosen und Amerikanern ge-
rühmt wird. Auch in Berlin wird eine Lustbarkeitsabgabe eingehoben. Wir
sind dafür, dass dieses Gesetz auch auf Wien angewendet wird. Dort sind
nämlich alle Wohltätigkeitsveranstaltungen von der Steuer befreit. Wir
haben in unserem Gesetz ganz ausserordentliche Härten. Nehmen Sie nur
einen jungen Musiker. Der muss, um bekannt zu werden, Freikarten für seine
Konzerte ausgeben. Aber auch davon muss er die Lustbarkeitsabgabe zah-
len. Dabei zeigt sich ein ganz antisozialer Grundsatz. Der Sohn reicher
Eltern wird sich das leisten können, aber der Sohn eines Proletariats
nicht. So erschwert die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung jungen
Arbeitern die künstlerische Entfaltung. (Sehr richtig! bei der Minderheit)

Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist unserer Meinung
nach ungesetzlich, weil sie eine zweite Warenumsatzsteuer ist. Sie wird
sogar von den kleinen Grinzinger Winbauern eingehoben, die nur ihre ei-
gene Fechsung verkaufen. Hier kann von Luxuslokal überhaupt nicht ge-
sprochen werden, weil diese Leute in ihrer eigenen Wohnung den Wein
ausschenken.

Bei der Fremdenzimmerabgabe stehen wir auf dem Standpunkt,
dass sie, soweit sie Unternehmungen trifft, die dem Fremdenverkehr dienen
abzuschaffen ist.

Die Hausgehilfensabgabe wirkt volkswirtschaftlich bedauer-
lich. Am 30. November 1926 wurde für 7256 Hausgehilfinnen die Abgabe
gezahlt, am 30. November 1927 nur für 6842. Diese Steuer mit dem rasen-
den Ansteigen der Prozentsätze verleitet die Leute zum Einschränken
ihrer Haushalte. Schliesslich hat Dr. Verkauf, also ein Sozialdemokrat,
selbst einmal aufgezeigt, dass das Prosperieren der Luxusindustrie für
Tausende wirtschaftlichen Vorteil bringt.

Die Wertzuwachsabgabe ist die grösste Lüge im städtischen
Steuersystem. Wird nur die Spekulation besteuert, so haben wir nichts
dagegen. Aber da werden Menschen besteuert, die auf alle Annehmlichkeiten
durch Jahrzehnte verzichtet haben, um ihren sehnsüchtigen Wunsch, ein
eigenes Haus zu besitzen, erfüllen zu können. Wenn diese armen Teufeln
durch die Not gezwungen werden, ihr Haus zu verkaufen, dann verlangt die
Gemeinde wie zum Hohn eine Wertzuwachsabgabe. Dieser konservative Haus-
besitz soll von der Steuer befreit werden und wir beantragen, dass in
allen Fällen, wo der Erwerb vor dem 31. Dezember 1918 erfolgt ist, beim
Verkauf von der Einhebung einer Wertzuwachsabgabe abgesehen werden soll.

Die Einhebung der Wasserkraftabgabe ist ein Unrecht. Die Ge-
meinde hat der Wag 49 Millionen geborgt. Die Wag hat dann noch 16 Millio-
nen andere Schulden. Aus der Wasserkraftabgabe wurden bis jetzt 15 Mil-
lionen gezahlt. Die Gemeinde kann aber doch nicht die 49 Millionen, die
sie aus laufenden Steuern vorgestreckt hat, jetzt noch einmal durch die
Wasserkraftsteuer sich holen. Sie würde sich dann zweimal etwas zahlen
lassen, was bei einem Privaten einen Konflikt mit dem Strafgesetz herbei-
führen würde. Die Minderheit beantragt deshalb, dass die Wasserkraftabgabe
nur bis 31. März 1928 einzuhoben ist.

Im Gemeindefinanzplan spielen die Abgabenertragsanteile eine
grosse Rolle. Es sind 112 Millionen Schilling, die die Gemeinde vom Bund
bekommt. Das ist das Recht der Gemeinde. Aber was die Mehrheit im Zuge
der Wahlbewegung für eine masslose Hetze gegen die Bundessteuern, an der
sie in der Still- und Choan beteiligt ist, getrieben hat, das ist zu-
mindestens unfair zu nennen. Eine derartige Bekämpfung der Steuern, an

deren Ertrag die Gemeinde so stark interessiert ist, müsste man eigent-
lich mit einem unparlamentarischen Ausdruck belegen.

Wir begrüßen es, dass die Post-Fremdenverkehrsförderung von
400.000 auf 550.000 Schilling erhöht wurde. In der Fremdenverkehrskomis-
sion wird nämlich wirklich jede Parteipolitik vermieden und wir würden
wünschen, dass auch auf anderen Gebieten der Verwaltung so gearbeitet
wird. Gewiss könnten noch eine steuerfiskalische Hindernisse für die
Entwicklung des Fremdenverkehrs hinweggeräumt werden. Auch wäre es zweck-
mässig, in ausländischen Städten Erhebungen über die Besteuerung der
Fremden zu pflegen.

Dem Defizit sehen wir mit gewohnter Ruhe entgegen, weil wir
wissen, dass so wie das Jahr 1927, auch das Jahr 1928 einen Überschuss
bringen wird. Die Lage der Gemeinde Wien wird von Jahr zu Jahr besser,
weil Sie die Bereicherungsmethode fortsetzen. Anders steht die Lage,
wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung berücksich-
tigt. Um das, was sich die Gemeinde bereichert, wird die Bevölkerung ärmer.

Schliesslich erklärt Gemeinderat Zimmerl, dass das Kontroll-
amt nach Art des Obersten Rechnungshofes umgestaltet werden müsse,
weil es heute nur ein Exekutivorgan des Stadtrates Breitner ist. Die
Minderheit werde den Kampf gegen das System Breitner und gegen die
Politisierung der Verwaltung solange weiterführen, bis die Gemeinde nicht
mehr sozialdemokratisch, sondern sozial verwaltet wird. (Lebhafter Bei-
fall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E.L.) vergleicht zunächst die Haltung der So-
zialdemokraten im Nationalrat als Opposition und als Mehrheit im Gemein-
derat. Die Opposition im Wiener Gemeinderat bemühe sich, sachlich zu kri-
tisieren, während die Opposition im Nationalrat nur krawallisiere und
Theaterspiele. Stadtrat Breitner hat seine Ausführungen mit dem üblichen
Appell geschlossen. Wir merken aber nicht, dass der Appell des Bundesfi-
nanzministers anlässlich der Budgetberatung bei der Minderheit im Natio-
nalrat jene Wirkung gefunden hat, die bei uns vorausgesetzt wird. Wir wer-
den das Budget nach politischen Gesichtspunkten prüfen und die einzelnen
Posten eingehend besprechen. Die Methode der Opposition im Nationalrat
aber werden wir nicht nachahmen. Gemeinderat Dr. Wagner spricht dann aus-
führlich zu den Posten Wohnbauten, Gemeindebau, Gemeinde- und Landesabgaben
und schliesslich zu der Post Steuerertragsanteile. Bei den Wohnbauten wird
an den alten Finanzierungssystem festgehalten und mit der gleichen politi-
schen Absicht weitergebaut. Der Weg der Enteignung des Hausbesitzes wird
weitergegangen. Die Ausgabe für die Gemeindefinanz ist die überflüssigste,
weil die Gemeindefinanz die überflüssigste Institution ist. Die Post hat
aber eine symptomatische Bedeutung, sie ist das Symbol des Willens, den
Klassenkampf fortzusetzen. Die Überschüsse, die Stadtrat Breitner seit 1923
erzielt, sind blutiger Schweiß, der aus der Bevölkerung herausgeschunden
wurde. Das Budget überhaupt zeigt das Gesicht Breitners, das Janusgesicht.
Das Gesicht des Voranschlags ist grünlich, das Gesicht des Rechnungsabschl-
ses aber ist ein freudiges und lächelndes. Gemeinderat Dr. Wagner bespricht
sodann die Stellung Wiens in Europa. Wien ist in Europa eines der ältesten
Kulturzentren überhaupt. Wien hat die Wahl, entweder eine Grossstadt Deutsch-
lands im Osten zu werden, oder ein internationaler Wechsel.

Sie treiben hier eine isolierte Politik. Sie sind ein vor-
posten des östlichen Bolschewismus mitten in der alten Kulturlandschaft Euro-
pas.

Vorsitzender Hofbauer fragt den Redner, ob er seine Ausführ-
ungen noch längere Zeit fortsetzen werde, worauf Gemeinderat Dr. Wagner
erwidert, dass er noch ungefähr eine Stunde sprechen werde.

Die Sitzung wird hierauf abgebrochen und Gemeinderat Dr.
Wagner wird morgen Dienstag, 4 Uhr nachmittags, seine Rede fortsetzen.

Schluss der Sitzung 10 Uhr nachts.

12 September

12/
12